Das Pflichtfach Ethik wurde von der Berliner Regierungskoalition aus SPD und Linken mit dem Schuljahr 2006/2007 für alle Schüler ab Klasse 7 eingeführt. Anders als in den meisten Bundesländern war der Religionsunterricht in Berlin schon immer nur ein freiwilliges Zusatzangebot am Rande des regulären Unterrichts. Jetzt möchte die Bürgerinitiative Pro Reli mit einem Volksentscheid durchsetzen, dass sowohl Religion als auch Ethik zu alternativen ordentlichen Fächern werden. Noch vor Ablauf der Frist am Mittwoch dieser Woche konnten die Religionsbefürworter die erforderlichen Unterschriften zusammenbekommen. Julia Franck, 38, lebt als Schriftstellerin in Berlin und ist Mutter von zwei Kindern. Für ihren Roman „Die Mittagsfrau“ erhielt sie 2007 den Deutschen Buchpreis.

ESSAY

Staat und Religion

Der Berliner Schulstreit um Ethik- und Religionsunterricht

Von Julia Franck

Wenn durch den strahlend blauen Äther in den zauberhaft eingeschneiten Märchenwald Deutschland, wo golden die Sonne auf schneebeladenen Ästen glitzert und Kinder sich lachend Schneebälle zuwerfen, die Kunde von neuen Toten im Gaza-Streifen hallt, so mag der eine mit den Schultern zucken, der andere still Tränen vergießen – allein, was unsere Wipfel sanft wogen lässt, findet derzeit in einer Berliner Kampagne namens Pro Reli einen neuen Namen.

War es im Herbst noch die Finanzkrise, die Medien wie Zivilisten barmen und stöhnen ließ, die kurzerhand die Bildung vom Spitzenplatz der ins Auge gefassten Herbstpolitik schubste, so dass die Regierung mit hochgekrempelten Ärmeln den Ärmsten und auch den Gierigsten unter uns Reichen half, die zu heiß gekochte Suppe auszulöffeln, ist es heute nicht etwa eine Kampagne namens Pro Bildung, die ein Volksbegehren in der armen Stadt Berlin verlangt und dafür Unterschriften sammelt, sondern ein Verein, der sich für den konfessionell gebundenen Religionsunterricht an Schulen starkmacht.

Ob vor den offenen Pforten der Gemäldegalerie am Kindertag, zum Fest der Kontinente in den Dahlemer Völkerkundemuseen, als Flugblatt aus dem Religionsunterricht der öffentlichen Grundschule im bürgerlichen Stadtteil oder in der Predigt während des Gottesdienstes in der nächsten Kirche – überall begegnet einem der Aufruf zur Rettung: Pro Reli und Freie Wahl. Ihre Unterschrift zählt.

Schon die demokratischen Grundbegriffe, Worte wie „Freiheit“ und „Wahl“, lassen das Herz höher schlagen. Dafür sind wir doch alle? Sollte fernab von Gaza und Kosovo das Recht zur Religionsausübung in Deutschland gefährdet sein? Sind meine Kinder und ihr freier Glaube, ihr fehlender Glaube in Gefahr? Ist in Berlin das Grundgesetz außer Kraft gesetzt? Kann meine Unterschrift hier für Toleranz wirken und all jene schützen, die gern glauben wollen, die glauben können, die vor allem im Glauben mehr für sich und unter sich sein möchten als mit anderen?

INGA HAAR / EPD

Werbung für Religionsunterricht in Berlin-Wilmersdorf

„Sind meine Kinder in Gefahr? Ist in Berlin das Grundgesetz außer Kraft gesetzt?“

An der Grundschule meines Sohnes ist der Religionsunterricht nicht etwa in Randstunden wie die Förderstunden oder musische und sportliche Arbeitsgemeinschaften gedrängt, sondern erhält vorzugsweise Kernstunden in der Mitte des Vormittags zugeteilt. Der konfessionelle und integrative Kindergarten meiner Tochter wird mit nahezu denselben finanziellen Mitteln subventioniert wie die nichtkonfessionellen. Obwohl Berlin (wie Bremen) seit 1948 einen Sonderstatus hat und Religion kein ordentliches Lehrfach, sondern ein freiwilliges Angebot der Religionsgemeinschaften ist. Was also möchte die Pro-Reli-Kampagne mit einem Volksbegehren erwirken?

Nachdem an Berliner Schulen offener Rassismus, Antisemitismus – „Du Jude“ ist längst zum Schimpfwort Nummer eins gediehen – und Gewalt unter Schülern sowie gegen Lehrer kulminierten (prominent im Frühling 2006 durch den Brandbrief der Lehrer an der Rütli-Schule), hat Berlin das Fach Ethik an allen öffentlichen Schulen ab Klasse 7 eingeführt. Der entsprechende Lehrplan zeigt einen bunten Fächer an philosophischen, kulturgeschichtlichen und auch religiösen Themen. Die Diskussion zwischen Schülern unterschiedlicher kultureller Prägung soll hier geübt werden. Wo es keinen Dialog gibt, kann es zu Abschottung, religiösem Fanatismus und am Ende zu Toten kommen (der von manchen Schülern bejubelte „Ehrenmord“ an der jungen Hatun Sürücü 2005 gab in Berlin letztlich den Anstoß für den Beschluss zum Ethikunterricht).

Dem an der Wurzel entgegenzuwirken muss Anliegen des säkularen Staates sein. Weltwissen soll in jenem Fach vermittelt, Akzeptanz, Empathie und Respekt sollen vor anderen Denkweisen geübt werden. Dies könnte den nach Freiheit und Wahl strebenden Gläubigen ebenso beruhigen wie den Ungläubigen.

Nun verlangt die Initiative Pro Reli nicht etwa den Fortbestand des bisher freiwilligen Religionsunterrichtsangebots, sie möchte für die Klassen 7 bis 10 das Pflichtfach Ethik ersetzt wissen durch die Pflicht zur Wahl: zwischen Belehrung durch

den Staat einerseits, durch Glaubensgemeinschaften, strikt nach Konfession getrennt, andererseits. Doch kämpfen heute nicht mehr nur die christlichen Religionen um Terrain im öffentlichen Leben. An einigen öffentlichen Schulen Berlins bilden muslimische Deutsche und Schüler nichtdeutscher Herkunft bereits 80 bis 90 Prozent der Schülerschaft. Hier stehen Lehrer vor der Herausforderung, Jungen und Mädchen gemeinsam Sportarten wie Schwimmen, in Biologie Evolution und Sexualkunde inklusive Verhütung zu lehren, die deutsche Sprache sowie Respekt vor männlichem und weiblichem Lehrpersonal zu vermitteln. Für meine eigene Schulzeit hätte ich mir durchaus den moderierten Dialog mit türkischen und iranischen Schülern über kulturelle Differenzen, nicht nur über offenes Haar, kurzen Rock und Schleier gewünscht.

Ob sich dem gesellschaftlichen Wandel und der Dialogfähigkeit junger Menschen in unserer Gesellschaft etwas hinzufügen lässt, indem die Religionsgemeinschaften im Rahmen der staatlichen Schulpflicht ihre Kinder getrennt voneinander in Glaube und Werten unterrichtet, darf gefragt werden. Dabei ist die Konkurrenz von Staat und Religion weder natürlich noch erforderlich. Insbesondere in einer globalisierten und pluralen Gesellschaft sollte jeder deutsche Schüler etwas über unterschiedliche Religionen, ihre Geschichte, Weltvorstellung und Ausübung lernen.

Was spricht dagegen, in jenem Fach namens Ethik im Verlauf eines Schuljahres den Rabbi ebenso wie den Imam und den Lama, den Priester und die Bischöfin an die Schule einzuladen, um von ihrem Glauben, ihrer Tradition, ihren Riten zu erzählen und Fragen zu beantworten? Am Ende könnte man dieses Fach „Ethik und Religionen“ nennen. Ungeachtet einer gemeinsamen Verständigungs- und Bildungsmöglichkeit im Vermitteln der Werte, sollten die Religionsgemeinschaften weiterhin selbstbewusst und unabhängig vom Bildungsauftrag des Staates ihren konfessionellen Unterricht anbieten, vielfältig und offen zugänglich, gern auch an Schulen. Nur brauchte dies keine Pro-Reli-Kampagne, sondern lediglich die engagierte Wahrnehmung von Interessen seitens der Gemeinden.

HANS-JOACHIM ELLERBROCK / BILDERBERG

Koran-Schülerinnen in Berlin-Kreuzberg

„Manche Schulen werben mit einem Ausländeranteil von weniger als zwei Prozent.“

In einer gerichtlichen Klage gegen das Fach Ethik, die zur Verfassungsbeschwerde eskalierte und als solche bereits im Frühjahr 2007 abgewiesen wurde, behaupten die Kläger allerdings, das Fach Ethik widerspreche inhaltlich dem christlichen Glauben und behindere durch seinen obligatorischen Charakter den Besuch des Religionsunterrichts. Der gesunde Menschenverstand wundert sich zart. Wer Segeln und Trompetespielen, Konfirmandenunterricht und einen Yogakurs besuchen wollte, hat dies bislang meist auch nach dem Schulunterricht geschafft. Auch widerspricht die Evolutionstheorie der Schöpfungsgeschichte, weshalb dennoch Biologieunterricht und Schöpfungserzählung nicht zur Wahl stehen.

Dass Philosophie aber ein Unterricht in Atheismus sein soll, Ethik die ausschließende Konkurrenz zum Religionsunterricht, lässt sich aus meiner Sicht schwer nachvollziehen. Der getrennte Unterricht von Gläubigen und Atheisten sei wegen deren unterschiedlichen Menschenbilds wichtig, so die Initiative Pro Reli: „Wichtig ist für beide aber, dass der Betrachter seine eigene Moral in Übereinklang mit seinen Vorstellungen vom Sinn des Lebens entwickeln kann.“ Als gäbe es keine allgemein bindenden Werte in unserer Gesellschaft. Letztlich wird so der Bildungsauftrag des Staates in Frage gestellt. Umso dringlicher erscheint es, in einem gemeinsamen Unterricht eine gemeinsame Wertebasis zu vermitteln. Denn, so der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts in dieser Sache: „Die Fähigkeit aller Schüler zu Toleranz und Dialog ist eine Grundvoraussetzung für die spätere Teilnahme nicht nur am demokratischen Willensbildungsprozess, sondern auch für ein gedeihliches Zusammenleben in wechselseitigem Respekt auch vor den Glaubensüberzeugungen und Weltanschauungen.“

Die Kampagne zum Berliner Volksbegehren wird nicht nur von der katholischen wie evangelischen Kirche, der Jüdischen Gemeinde ebenso wie von der CDU und dem „Dachverband Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion“ und anderen Verbänden unterstützt. Augenscheinlich liegt der Initiative ein Misstrauen dem Staat gegenüber zugrunde. Wenn die Befürworter die Vermittlung von Werten lieber in den Händen der Religionsgemeinschaften als beim demokratischen Staat sehen und behaupten, das eine schließe das andere aus, behindere es zumindest gewaltig – welche Konsequenzen birgt es?

Könnte ein konfessionell getrenntes Religionsunterrichtsangebot tatsächlich an allen Schulen der Stadt gleich sein? Bereits heute wird vielfach entschieden: Der musisch Interessierte besucht die Schule A, derjenige, der Französisch statt Englisch als erste Fremdsprache lernen möchte, die Schule B und der engagierte Sportsfreund die Schule C. Wer in Neukölln wohnt, besucht eine andere Schule als derjenige im Westend; stolz werben manche Schulen mit einem Ausländeranteil von weniger als zwei Prozent.

Käme es zur angestrebten Wahlpflicht zwischen Ethik und konfessionell spezifischem Religionsunterricht, sähe die praktische Konsequenz vermutlich so aus: An einer Schule wird der muslimische, an der nächsten der evangelische und an der übernächsten der katholische Religionsunterricht angeboten. Die Gläubigen wären jeweils unter sich. Die Türken/Islamschule hier, die Russen/Judenschule dort, die Romanen/Katholiken getrennt von den Asiaten/Hindus, vielleicht fände sich auch eine protestantische Preußenschule oder eine Anglikanerschule. So würde unsere Gesellschaft bis an ihre Wurzeln, bis zu den Jüngsten, weiter zersplittern. Eine Trennung nach Kultur, Religion und Werten an öffentlichen Schulen birgt die Gefahr einer Partikularisierung, wenn nicht gar Spaltung. Und was macht in diesem Szenario das neugierige und geneigte, aber durch seine Herkunft konfessionslose Kind? Werden meine eines Tages zwölfjährigen Kinder für ein Jahr den islamischen und im folgenden den jüdischen Unterricht frei wählen dürfen? Und wie oft müssten sie dann bei ihrem ernsten Interesse an Religionen die Schule wechseln?

Allein das Werben für ein Volksbegehren macht eines offenbar: Die politisch Verantwortlichen haben etwas zu tun, damit Staat und Glaubensgemeinschaften nicht noch aggressiver gegeneinander zu Gericht ziehen und eines Tages unversöhnlich auseinanderbrechen. ◆